

VERDIENSTBESCHEINIGUNG - bitte vom jeweiligen Arbeitgeber ausfüllen lassen

Zur Ermittlung des Jahreseinkommens nach § 6 ff. Hess. Wohnraumfördergesetz (HWoFG)
nach § 23 Abs. 2 Wohngeldgesetz (WoGG)

Die Angaben werden erbeten für die Zeit: Von _____ bis _____

1. Arbeitnehmer/ Arbeitnehmerin

Name, Vorname	Anschrift	Geburtsdatum

Ist/ war bei mir/ uns

beschäftigt als _____

Beginn des Arbeitsverhältnisses _____

ggf. Beendigung des Arbeitsverhältnisses _____

nicht beschäftigt/ ohne Bezüge beurlaubt in der Zeit von _____ bis _____

Es handelt sich um:

nichtselbständige Arbeit geringfügige Beschäftigung (Mini-Job)

ein Ausbildungsverhältnis

Bei geringfügiger Beschäftigung:

Die Arbeitnehmerin/ der Arbeitnehmer ist geringfügig Beschäftigte/r auf Lohnsteuerkarte

nein ja

Die Pauschalsteuer entrichtet die Arbeitgeberin/ der Arbeitgeber

wurde auf die Arbeitnehmerin/ den Arbeitnehmer abgewälzt

Bei einem **Ausbildungsverhältnis:**

Das Ausbildungsverhältnis hat begonnen _____ und endet _____

2. Von Arbeitnehmer/Arbeitnehmerin entrichtete Sozialversicherung und Steuern vom unter Punkt 5 bescheinigten Einkommen

Pflichtbeiträge zur gesetzlichen Rentenversicherung nein ja

Pflichtbeiträge zur gesetzlichen Kranken- und Pflegevers. nein ja

Steuern vom Einkommen (Lohn-, Einkommens-, Kirchensteuer),

Steuerklasse _____ nein ja

(nur „ja“ ankreuzen, wenn die Abgaben tatsächlich von dem unter 5. bescheinigten Einkommen abgezogen wurden)



STADT
RÖDERMARK
Gemeinsam eins

Hinweis für den Arbeit- oder Auftraggeber:

Bitte füllen Sie diese Verdienstbescheinigung sorgfältig und vollständig aus. Diese Bescheinigung ist eine Urkunde, zu deren Ausstellung Sie verpflichtet sind, wenn ein Bezieher von Wohngeld, ein Wohnungsinhaber im Sinne des Fehlbelegungsabgabe-Gesetzes oder ein Haushaltsmitglied bei Ihnen als Arbeitnehmer beschäftigt, als mithelfender Familienangehöriger oder Auftragnehmer tätig ist (§ 23 Abs. 2 Wohngeldgesetz, § 5 Abs. 3 Fehlbelegungsabgabe-Gesetz). Unrichtige Angaben können bußgeld- oder strafrechtliche Folgen haben (§ 37 Wohngeldgesetz, § 15 Fehlbelegungsabgabe-Gesetz) und ggf. Schadenersatzansprüche nach sich ziehen. Bitte bestätigen Sie etwaige Änderungen oder Ergänzungen mit Ihrer Unterschrift.

Ort, Datum

Telefon

Stempel des Arbeitgebers

Unterschrift des Arbeitgeber